

Gemeinsame Forderungen von 17 Frauenverbänden an die Parteien zur Bundestagswahl 2017

Mit einem Katalog von Forderungen haben sich Vertreterinnen von 12,5 Millionen Frauen aus 17 Frauenverbänden, darunter auch der Deutsche Ärztinnenbund e. V., mit der Berliner Erklärung 2017 an die Parteien zur Bundestagswahl gewandt. Unter www.berlinererklaerung.de wurden die Forderungen rund vier Monate vor der Wahl am 24. September veröffentlicht und an die Parteien zur Stellungnahme versandt.

Die Unterzeichnerinnen fordern, dass Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in der kommenden Legislaturperiode weitere Schritte in Richtung Gleichstellung unternehmen. Im Einzelnen fordern die Verbände eine paritätische Teilhabe nicht nur in den Aufsichtsräten und in den Führungsebenen der Privatwirtschaft, sondern auch in der Politik sowie in den Aufsichts-, Beratungs- und Vergabegremien bei Medien, Kultur, Medizin und Wissenschaft.

Zwei Tage führten die 17 Spitzenfrauen von Deutschlands größten Frauenverbänden einen intensiven Austausch mit sechs Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten der politischen Parteien.

Unter den angefragten sieben Parteien hatte einzig die AfD keinen Gesprächspartner benannt; sie kündigte an, schriftlich zu den übermittelten Forderungen Stellung nehmen zu wollen.

Mittlerweile haben sich noch 13 weitere Verbände gemeldet, die als Verbündete die gemeinsamen Forderungen mit unterstützen wollen. Die Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft (EAF) hat eine Synopse erstellt, wie sich das Thema Gleichstellung in den Wahlprogrammen wiederfindet. Auf www.berlinererklaerung.de finden Sie alle Informationen dazu. ◀



Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU)

Stellvertretend für Bundeskanzlerin Angela Merkel stand die saarländische Ministerpräsidentin und stellvertretende CDU-Vorsitzende den Frauenverbänden Rede und Antwort und betonte: „Monitoring darf keinesfalls bloße Pflichtübung sein“.



Dietmar Bartsch (DIE LINKE)

Als Spitzenkandidat der Linken betonte Dietmar Bartsch, dass die Berliner Erklärung bei seiner Partei „offene Türen einlaufe“ und die Forderungen der Linken teils über die der Verbände hinausgingen.



Katja Suding (FDP)

Die FDP steht den Forderungen der Berliner Erklärung 2017 kritisch gegenüber, wie Katja Suding, stellvertretende Bundesvorsitzende der Liberalen, bemerkte. Im Gespräch mit den Frauenverbänden stellte sie fest: „Quoten lehne ich weiterhin ab“.



Martin Schulz (SPD)

Der SPD-Vorsitzende und Kanzlerkandidat Martin Schulz bezeichnete sich im Gespräch mit den Frauenverbänden als „entschiedenen Kämpfer“ für die Gleichberechtigung. Das überfällige Pflegeberufegesetz hält Schulz für einen erforderlichen nächsten Schritt. Gleichstellungspolitische Maßnahmen wolle er in einem Aktionsplan bündeln.



Katrin Göring-Eckardt (Bündnis 90/Die Grünen)

Katrin Göring-Eckardt, Spitzenkandidatin von Bündnis 90/Die Grünen, verwies auf die Notwendigkeit des Neudenkens beim Ehegattensplitting, denn „Chancen, Macht, Geld und Zeit müssen gerecht zwischen Männern und Frauen geteilt werden“.



Joachim Herrmann (CSU)

Als Vertreter der CSU stand der Bayerische Innenminister und CSU-Spitzenkandidat Joachim Herrmann der Quote nicht mehr ablehnend gegenüber. Den Vorschlag einer Quotierung von Wahllisten für Gremien wollte er eingehend prüfen.